

## **Werbeverbot für verschreibungspflichtige Arzneimittel wird durch die Hintertür durch geplante EU-Gesetzgebung unterlaufen.**

Ergänzende Überlegungen zu dem lesenswerten Beitrag von Prof.Dr.med.Wolf-Dieter Ludwig, Vorsitzender der Arzneimittelkommission der Deutschen Ärzteschaft in „Berliner Ärzte“ 1 / 2008 , S. 3: „Werbung oder Information, das ist hier die Frage“.

Von der EU Kommission ist eine Gesetzesnovelle in Vorbereitung (Legal proposal on information to patients), die zwar keine Aufhebung des Werbeverbots der direkten Konsumentenwerbung für verschreibungspflichtige Arzneimittel (Direct-To-Consumer-Advertising, DTCA), aber eine bessere Patienteninformation vorsieht. Was sich zunächst positiv i.S. der besseren Aufklärung und Selbstverantwortung des Medikamentengebrauchs durch die Patienten auslegen lässt, wird bei näherer Betrachtung zu einer weiteren folgenschweren Einflussnahme der Pharmaindustrie auf unser Gesundheitssystem führen.

Die Gesetzesnovelle mit bewusster Einbeziehung der Pharmaindustrie in die Patienteninformation wird eine weitere Gelegenheit bieten, mit großzügig finanzierten „Informationen“ einseitig im eigenen Interesse zu wirken und damit das Werbeverbot zu unterlaufen.

Wir haben in den entwickelten Ländern schon lange das Problem einer übermäßigen Medikalisierung der Gesellschaft, etwa sichtbar an der gutgläubigen Selbstbehandlung jedweder Gesundheitsbeeinträchtigung („a pill for every ill“) oder an der planmäßig erweiterten Indikation für Pharmaka, indem neue Krankheiten geschaffen und für den Markt attraktiv gemacht werden. Wir sehen auch den grassierenden Einfluss der Arzneimittelhersteller auf die Patienten-Verbände und Selbsthilfegruppen, deren Ansprüche finanziell und inhaltlich gegenüber Kostenträgern und Ärzten wirksam unterstützt werden, so berechtigt sie in manchen Fällen sein mögen, aber vielfach maßlos sind, wenn die einseitige, von Marktinteressen geleitete Patienten-Information dahintersteht. Als Ärzte sehen wir mit Sorge, wie in interessen-geleiteter Weise in das Arzt-Patienten-Verhältnis - diesmal von aussen - eingegriffen werden soll.

Wenn eine bessere Patienten-Information beabsichtigt ist, muss sie durch das Filter unabhängiger Institutionen gehen. Solche gibt es bereits in Deutschland, aber sie müssten stärker vernetzt und finanziell gestärkt werden, um ein sichtbares Gegengewicht gegen die übermächtige, interessen-geleitete Ärzte- und Laien-Information zu gewährleisten. Wie schwierig aber das ist, zeigt die Tatsache, dass die Mehrzahl pharmakologischer und klinischer Experten schon nicht mehr unabhängig ist, sondern auf verschiedene Weise mit der Pharma-Industrie durch pharma-gesponserte Studien, Drittmittelforschung, fremdfinanzierte Weiterbildung, Werbegeschenke etc. verbunden ist. Solange die Politik dieser Fehlentwicklung nichts entgegensetzt, indem sie wieder mehr unabhängige klinische und pharmakologische Forschung finanziell und institutionell fördert, ist eine solche Gesetzesnovellierung der Europäischen Kommission abzulehnen. Patienten benötigen objektive, unvoreingenommene und vergleichende Daten zum Für und Wider aller, auch nicht- medikamentöser. Behandlungsmethoden. Dafür sind „Informationen“ der Pharmaindustrie völlig ungeeignet und inakzeptabel, denn sie und ihre Marketing-Agenturen vertreten per se ureigenste Marketing-Interessen.

Der Entwurf ist abrufbar unter [HYPERLINK](#)

„[http://ec.europa.eu/enterprise/pharmaceuticals/pharmacos/docs/doc2008/2008\\_02/info\\_to\\_patients\\_consult\\_200800.pdf](http://ec.europa.eu/enterprise/pharmaceuticals/pharmacos/docs/doc2008/2008_02/info_to_patients_consult_200800.pdf)“

Öffentliche Stellungnahmen zu dem o.g. Entwurf können bis zum 7.4.2008 eingesandt werden :e-mail:

[ulla.narhi@ec.europa.eu](mailto:ulla.narhi@ec.europa.eu)

Dr.med. Hans-Joachim Both, Prof.Dr.med.Bernd Holdorff (Ärzte für Neurologie und Psychiatrie)